

# Politischer Jahresbericht

## Cono Sur 2005/2006



## Cono Sur / Südamerika

### Regionalbüro Brasilien und Cono Sur, Juli 2005-Juli 2006

María Jaque Olmedo

Regionalbüro Brasilien und Cono Sur der Heinrich-Böll-Stiftung  
Leitung: Dr. Thomas Fatheuer  
Rua da Gloria 190, ap. 701  
2024 1180 Rio de Janeiro-Gloria  
Fon +55-21-385 211 04  
Fax +55-21-385 211 04  
Email: boell@boell.org.br

#### Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Zur Situation in der Region.....	3
2. Argentinien.....	8
3. Chile.....	10
4. Uruguay.....	13

## Zusammenfassung

Im Jahre 2006 hat sich der viel beschworene "Linksruck" in Südamerika konsolidiert. Die ursprüngliche Achse Argentinien (Kirchner), Brasilien (Lula) und Venezuela (Chavez) wird nun durch die neuen Regierungen in Bolivien (Morales) und Ecuador (Correa) verstärkt. Uruguay (Vázquez) und Chile stellen zwar Sonderfälle dar, bestärken aber insgesamt die Tendenz zu progressiven Regierungen in Südamerika. Auch wenn sich hier keineswegs ein geschlossenes Lager bildet, sucht doch der überwältigende Teil Südamerikas nach neuen Wegen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Welle der progressiven Regierungen wird durch eine vorteilhafte wirtschaftliche Entwicklung in der Region begünstigt.

Verschiedene Vorschläge zur regionalen Integration sind ein wesentlicher Bestandteil der südamerikanischen politischen Agenda geworden. Der Versuch, eine gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA) zu etablieren, kann als gescheitert gelten, damit bleibt die Mehrheit der wichtigsten Wirtschaftsmächte Südamerikas ohne bilaterale Abkommen mit den USA. Allerdings kommen auch Alternativen nur zögerlich voran. Die Auswirkungen des Eintritts Venezuelas in den Mercosur sind noch nicht abzusehen, gleichzeitig lähmt ein heftiger Streit zwischen Argentinien und Uruguay um die Einrichtung von Zellulosefabriken den Integrationsprozess.

Mit dem Investitionsprogramm IIRSA wollen südamerikanische Staaten die Integration der Infrastruktur auf dem Subkontinent befördern. Doch zeigt sich hier die Ambivalenz des Integrationsprozesses. Oftmals sollen klassische Großprojekte gefördert werden, deren ökologische und soziale Konsequenzen umstritten sind. Auch gegenüber progressiven Regierungen müssen die lokalen Bevölkerungen um Partizipation kämpfen.

Die Nationalisierung der Gasvorkommen durch die Regierung Boliviens hat die Frage der Nutzung der natürlichen Ressourcen in den Mittelpunkt der südamerikanischen Politik gestellt. Ein Patchwork von Kooperation und Konflikten bestimmt die Beziehungen der Staaten der Region in dieser Frage. Bemerkenswert war aber die besonnene Reaktion der brasilianischen Regierung, deren Energiekonzern Petrobras von der Nationalisierung direkt betroffen wurde. Alle Staaten in der Region suchen nun nach Kooperationslösungen - trotz der vorhandenen und nicht leicht zu überwindenden Konflikte. In diesem Kontext bleibt abzuwarten, ob die Initiative zur Schaffung einer Gemeinschaft der Südamerikanischen Staaten über Absichtserklärungen hinauskommt.

In Argentinien ist die Regierung Kirchner aus den Wahlen im Oktober 2005 gestärkt hervorgegangen. Ein deutliches Wirtschaftswachstum (9,2% in 2005) stützt die Regierung. Allerdings führt der derzeitige Wirtschaftboom nur zu einer leicht verbesserten Einkommensverteilung.

In Chile hat Michelle Bachelet von vielen Hoffnungen begleitet ihr Amt angetreten. Sie wurde aber sofort mit einem Schüleraufstand (Aufstand der Pinguine) konfrontiert, der zeigt, dass es auch im angeblichen südamerikanischen Musterland brennende soziale Konflikte gibt. Ein der schwersten Herausforderungen der neuen Regierung ist die Energiefrage. Auf der einen Seite soll ein Plan für nachhaltige Energiesicherheit den Anteil der nicht konventionellen erneuerbaren Energien sichern, auf der anderen Seite setzt die Regierung auf Großwasserkraftwerke und bringt gar die Atomenergie wieder in die Debatte ein.

In Uruguay kann die Regierung Tabaré Vazquez zwar einerseits Fortschritte in der Sozialpolitik vorweisen, aber andererseits hat sie sich in einen schweren Konflikt mit dem Nachbar Argentinien um den Bau von Zellulosefabriken begeben. Die Regierung Uruguays zeigt dabei eine traditionelle entwicklungspolitische Orientierung, die soziale und ökologische Dimensionen von Projekten hintenanstellt. Von den anderen Partnern im Mercosur werden auch die Anstalten Uruguays, ein bilaterales Handelsabkommen mit den USA zu schließen, mit Argwohn verfolgt.

## 1. Zur Situation in der Region

### Die wirtschaftliche Lage

Nach den Wirtschaftsdaten der CEPAL<sup>1</sup> war 2005 ein gutes Jahr für die Region: das regionale BIP stieg um 4,5%. Das höchste Wachstum hatten südamerikanische Länder: Venezuela mit 9,3% und Argentinien mit 9,2%, gefolgt von Uruguay mit 6,6% und Chile mit 6,3%. Schlusslicht war Brasilien mit 2,3%. Auch für 2006 erwarten die südamerikanischen Regierungen und die CEPAL ein Wachstum von ca. 5%. Eine wesentliche Antriebsquelle für den Anstieg des BIP war das Wachstum in China mit seiner steigenden Nachfrage nach Roh- und Brennstoffen, die die Region liefert. Was die Inflationsrate betrifft, so wird erwartet, dass diese sich bei ca. 6% stabil halten wird.

Trotz des BIP-Wachstums um 4,5% in 2005 ist die Arbeitslosenrate im Vergleich zu 2004 nur um 1%, nämlich von 10,3% auf 9,3% gesunken. Hinzu kommt, dass der Anstieg der Löhne und Gehälter unzureichend war, weil er unterhalb der Inflationsraten lag. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung haben sich somit nicht verbessert.

Zum Wachstum des BIP der Region hat 2005 sowohl der Anstieg des exportierten Volumens (durchschnittlich 8%) als auch die Verbesserung der Terms of Trade der Commodities (durchschnittlich 4,8%) beigetragen. Dieser Trend hält auch weiterhin an. Die Währungs- und Geldpolitik der meisten Länder der Region hat zu einer Aufwertung der lokalen Währungen geführt. Um ihre Gewinne zu halten, erhöhen die Exporteure deshalb die Menge ihrer Rohstoffexporte anstatt mit Investitionen die Qualität der Produkte und den Verarbeitungsgrad zu erhöhen. Die zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel werden von den Regierungen zur Reduzierung der Staatsschulden genutzt, die wohl in Relation zum BIP stabilisiert sind (unter 51% des BIP), aber in absoluten Zahlen immer weiter ansteigen.

Der Schwerpunkt der direkten Auslandsinvestitionen in der Region, die im Vergleich zu früheren Perioden gesunken sind, liegt auf Projekten der Extraktion und intensiven Nutzung der natürlichen Ressourcen (Bergbau, Energie) sowie auf dem Kauf von bereits bestehenden transnationalen Unternehmen. Bemerkenswert ist

---

<sup>1</sup> CEPAL: Comisión Económica para América Latina (Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, siehe Proyecciones 2006-2007 der CEPAL)

auch die Dynamik der "translatinas"<sup>2</sup>, insbesondere der beiden staatlichen Betriebe Petrobrás und PVDSA<sup>3</sup> im Bereich der Erdgas und -ölförderung, die strategische Allianzen mit ausländischen Kapitalgebern vor allem aus China eingegangen sind.

### Die politische Lage und die neue Linke

Die politische Agenda der Region ist durch die Wahlprozesse in mehreren Ländern geprägt, was auch zeigt, dass sich die Demokratien auf dem südamerikanischen Kontinent weiter gefestigt haben. Von insgesamt sieben zwischen Dezember 2005 und Dezember 2006 anstehenden Wahlen, waren im Juli 2006 vier abgeschlossen. Aus diesen sind folgende Staatspräsidenten hervorgegangen: Evo Morales in Bolivien, Michelle Bachelet in Chile, Alán García in Peru und Álvaro Uribe in Kolumbien. In Brasilien, Ecuador und Venezuela wird in Kürze<sup>4</sup> gewählt, in Argentinien findet die Wahl im Oktober 2007 statt, doch die Wahldebatte hat auch da bereits angefangen.

Die große Bedeutung dieser Wahlprozesse liegt darin, dass unterschiedliche Visionen und Modelle von Staaten, von Entwicklung und Integration zur Wahl stehen, die für die Zukunft der Region von strategischer Bedeutung sind. So könnten z.B. MERCOSUR und die CSN<sup>5</sup>, beide derzeit geschwächt, konsolidiert werden. Entscheidend wird das Wahlergebnis in Brasilien sein, denn wird Präsident Lula da Silva nicht wieder gewählt, könnte dies zu einem weiteren Versuch führen, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen ALCA wieder aufzunehmen, womit auch ein größerer Einfluss der Vereinigten Staaten auf die Region verbunden wäre. Auch die Wahl in Ecuador bestimmt nicht nur die Richtung der neuen Regierung, sondern sie entscheidet auch darüber, ob die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA wieder aufgenommen werden. In Venezuela ist die Wiederwahl von Hugo Chávez sehr wahrscheinlich, da seine Anhänger vereint hinter ihrem Präsidenten stehen, während die Opposition gespalten ist und nur nach langen Verhandlungen Vereinbarungen für die Wahlen treffen konnte. Eine neue Amtszeit von Hugo Chávez würde die Integrationsvorhaben MERCOSUR und ALBA<sup>6</sup> stärken.

Das Scheitern der neoliberalen Politik der vorangehenden Regierungen hat zu einem „Linksrutsch“ in der Region geführt. Die neu-

---

<sup>2</sup> Als "Translatinas" werden Unternehmen der Region mit privatem oder staatlichem Kapital bezeichnet.

<sup>3</sup> PVDSA: Petróleos de Venezuela S.A.

<sup>4</sup> Oktober, November und Dezember

<sup>5</sup> CSN: Comunidad Sudamericana de Naciones (Südamerikanische Staatengemeinschaft)

<sup>6</sup> ALBA: Alternativa Bolivariana para las Américas

en linken Regierungen stehen im wesentlichen für zwei Strömungen: eine erneuerte und globalisierte Linke repräsentiert von Lula da Silva (Brasilien), Michelle Bachelet (Chile) und Tabaré Vázquez (Uruguay) und die eher nationalistisch geprägte Linke von Hugo Chávez (Venezuela) und von Evo Morales (Bolivien). Letztere ist außerdem gekennzeichnet durch eine starke ethnische Komponente.

Michelle Bachelet in Chile wurde mit einem Programm gewählt, das verschiedene Reformen verspricht, mit denen die Auswüchse des Wachstumsmodells, die die Kluft zwischen Arm und Reich vertieften, korrigiert werden sollen. In Bolivien zielt Evo Morales auf eine Verfassungsreform, um eine Veränderung des Wirtschafts- und Staatsmodells zu erreichen, die Maßnahmen wie die Verstaatlichung der natürlichen Ressourcen vorsieht. Alan García, designierter neuer Staatspräsident von Peru, hat zähneknirschend das von Alejandro Toledo ausgehandelte Freihandelsabkommen mit den USA unterstützt, das noch ratifiziert werden muss. Seine erste Reise nach der Wahl führte ihn nach Brasilien und Chile, wo er versuchte, eine erste Annäherung herzustellen und die Handelsbeziehungen mit den beiden Ländern zu stärken. Die Wahl von Álvaro Uribe bedeutet, dass Kolumbien weiterhin einziger Alliierte der USA in der Region bleibt.

Zwar besteht eine gewisse Einigkeit zwischen den neuen Linkspräsidenten der Region, doch die Diskrepanzen über das Entwicklungsmodell und die Form der Integration in den internationalen Kontext zusammen mit den unterschiedlichen nationalen Prioritäten und Interessen, haben das Entstehen eines kompakten, stabilen südamerikanischen Blocks verhindert. Die jüngsten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen haben die Chancen für eine Vertiefung der regionalen Kooperation reduziert. Beispiele hierfür sind: der Streit zwischen Argentinien und Uruguay um den Bau von zwei Zellulosefabriken und die Diskrepanzen zwischen Bolivien und Brasilien wegen der Ankündigung von Bolivien, die Lizenz- und Abbauverträge für Erdgas sowie den Preis für Gaslieferungen zu überprüfen. Beide Beispiele führen zu verstärktem Nationalismus und schüren das Misstrauen, was den regionalen Integrationsprozess behindern könnte.

### Die Rolle von Venezuela in der Region

Chávez hat sich zu einem der einflussreichsten Staatsoberhäupter der Region entwickelt. Seine Infragestellung des politischen und wirtschaftlichen Modells sowie seine Unterstützung von sozialen- und Infrastrukturinvestitionen in Nachbarländern haben ihm großen Rückhalt verschafft. Aktionen wie der Kauf von Ausland-

schuldanteilen<sup>7</sup> von Argentinien und Ecuador, die Erdöl- und Energieprojekte in Brasilien, die Erdölsubventionen für und Energievorhaben in Kuba, sowie Projekte im Gesundheits- und Erziehungswesen Boliviens, etc. finden die Anerkennung der Nachbarregierungen. Außerdem hat die venezolanische Regierung mit dem Vorschlag des Baus eines Gaspipelinennetzes die Debatte über die Integration der energetischen Infrastruktur neu belebt. Ein solches Netz würde der Region eine Zukunft ohne Angst vor Versorgungsengpässen ermöglichen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Energiepolitik und das Projekt des «gaseoducto del sur» sozial und ökologisch nachhaltig wäre.

Die venezolanische Regierung genießt zwar in breiten Bevölkerungsschichten Unterstützung, andere stehen ihr jedoch außerordentlich kritisch gegenüber. Insbesondere die Umweltbewegungen sagen klar, dass sie die offene Kritik am neoliberalen Modell mit Venezuela verbindet, aber dass sie mit dem Diskurs und dem «bolivarianischen Entwicklungsmodell» Venezuelas nicht einverstanden sind, weil einerseits vor Klimaveränderung, Monokulturen und genmanipulierten Pflanzen gewarnt wird und gleichzeitig mit dem «Plan Siembra Petrolera para la Integración y la Vida»<sup>8</sup> Venezuela zur weltweit größte Energiemacht gemacht werden soll, ohne die sozialen und ökologischen Kosten dafür zu berücksichtigen.

Obwohl die Regierung Chávez die Solidarität und das Vertrauen breiter Bevölkerungsschichten erhält, haben die zunehmenden Spannungen zwischen Washington und Caracas und auch die Ambitionen der venezolanischen Staatsführung, ihren Einfluss in der Region zu vergrößern, zu verschiedenen diplomatischen Spannungen zwischen Venezuela und anderen lateinamerikanischen Ländern geführt. So wird der Weiterverkauf der in lateinamerikanischen Ländern gekauften Auslandsschuldanteile an lokale Banken in Venezuela in politischen Kreisen und auch von der nationalen und regionalen Presse scharf kritisiert. Von den Bonds im Wert von 3.300 Mio. US\$, die Venezuela innerhalb eines Jahres von Argentinien übernommen hat, hat es 76% an lokale Banken weiterverkauft und damit Gewinne in der Höhe von 201 Mio. US\$ erreicht. Und die venezolanische Regierung hat bereits weitere Schuldverschreibungen in Höhe von 482,2 Mio. US\$ im Titel Boden 2012 übernommen. Wohl haben die Transaktionen sowohl den

<sup>7</sup> Venezuela hat Auslandsschuldanteile von Argentinien im Wert von 3.300 Mio US\$ und von Ecuador im Wert von 25.000 Mio. US\$ übernommen. Zurzeit verhandelt Venezuela über eine Schuldübernahme von 100.000 Mio. US\$ von Paraguay.

<sup>8</sup> Der «Plan Siembra Petrolera para la Integración y la Vida» umfasst Projekte wie: grossangelegte Erdöl- und Erdgasförderung, Bau eines Gaspipelinennetzwerks, Hafenanlagen und Raffinerien, Kohleabbau auf indigenen Territorien (Sierra de Perijá), Palmenplantagen, sowie den Bau von petrochemischen Fabriken zur Herstellung von Düngemitteln.

involvierten Banken wie auch der venezolanischen Regierung Gewinne eingebracht und erlauben es Argentinien, seinem Schuldendienst nachzukommen, doch bleibt trotz allem die Frage, ob dieses Schuldenrecycling der Souveränität und Emanzipation der Länder der Region zuträglich ist.

### **Regionale Integration und die zur Diskussion stehenden Integrationsprojekte**

Im Mittelpunkt der zur Debatte stehenden Integrationsmodelle steht die Suche nach einer regionalen Integration, die nicht nur den Handel umfasst, sondern auch soziale und ökonomische Alternativen mit einbezieht. Die sozialen Bewegungen haben über ihre Grenzen hinausgehende Netzwerke gebildet, deren Vorschläge über die wirtschaftliche Agenda hinausgehen und Menschenrechte, Umwelt, Kultur und Kontakte zwischen den verschiedenen Bevölkerungen mit einbeziehen.

ALCA<sup>9</sup>, die von den USA vorangetriebene Initiative, liegt seit dem IV Gipfeltreffen der Amerikas in Mar del Plata im November 2005 auf Eis. Bei diesem Gipfel verhinderten die MERCOSUR-Länder und Venezuela mit ihrer hartnäckigen Opposition den Versuch der USA, Mexiko und der zentralamerikanischen Staaten, das Abkommen in Kraft zu setzen. Der Gipfel endete mit zwei getrennten Schlusserklärungen. Parallel zum Gipfel gab es, vor allem in den Ländern des Cono Sur, massive Proteste von sozialen Organisationen und Bewegungen, um die Regierungen politisch unter Druck zu setzen. Die USA setzen trotzdem weiterhin auf ihre Agenda der Freihandelsabkommen, aber nunmehr mit bilateralen Verhandlungen mit Peru und Kolumbien. Die entsprechenden Abkommen befinden sich zurzeit im Ratifizierungsverfahren im US-Kongress.

Der Alianza Bolivariana de las Américas (ALBA)<sup>10</sup>, von Venezuela als Alternative zum ALCA initiiert, haben sich Kuba und Bolivien angeschlossen. Mit dem am 29.04.2005 in La Habana unterzeichneten Tratado de Comercio de los Pueblos (TCP)<sup>11</sup> wurde ein erster Schritt zur Integration im Rahmen von ALBA gemacht. Das Abkommen umfasst konkrete Aktionen wie z. B. Erarbeitung eines Strategieplans für komplementäre Produktion, Förderung des technologischen Austausches, gemeinsame Aktionen zur Beseitigung des Analphabetismus sowie verschiedene Pläne in den Bereichen Gesundheit, Kultur, Wissenschaft und Kommunikation. Auch im Bereich Investitionen wurden die Gründung von gemischten Unternehmen, die Unterzeichnung von Kreditabkommen und die

Schaffung von Kompensationsmechanismen für den Fall eines Verlusts von Absatzmärkten angekündigt. Im Abkommen sind allerdings keine Informationen darüber enthalten, wie die produktiven Prozesse und die Institutionalität von TCP und ALBA umgesetzt werden sollen.

In der Comunidad Andina de Naciones (CAN)<sup>12</sup> haben die ideologischen Differenzen, unterschiedlichen Vorstellungen über die Integration sowie Handelsstreitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten zu ernsthaften Brüchen innerhalb des Blocks geführt. Der Austritt von Venezuela aus der CAN als Reaktion auf die Unterzeichnung der Freihandelsabkommen von Peru und Kolumbien mit den USA hat die Struktur und die Verhandlungsmacht der CAN empfindlich geschwächt, und zwar ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als sich die Möglichkeit zu Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit der EU abzeichnete. Dazu kommt, dass Bolivien eventuell dem Beispiel Venezuelas folgen und sich als Vollmitglied in den MERCOSUR integrieren wird. Viele sind der Meinung, dass dies nur noch eine Frage der Zeit ist (Ergebnis der Wahlen in Brasilien). Der bolivianische Präsident Evo Morales, zurzeit Vorsitzender der CAN, hat auf dem letzten MERCOSUR-Gipfel den Zusammenschluss von CAN und MERCOSUR vorgeschlagen. Dies wäre ein weiterer Impuls für die CSN<sup>13</sup>.

Der MERCOSUR konnte zwar Fortschritte auf institutioneller Ebene<sup>14</sup> sowie bei der Zusammenarbeit im Bildungswesen und bei der sozialen Sicherheit verzeichnen. Doch der Konflikt zwischen Argentinien und Uruguay um die Errichtung zweier Zellulosefabriken wurde nicht nur bis zum Internationalen Gerichtshof von Den Haag getragen, sondern er hat auch die uruguayische Regierung veranlasst, mit einem Austritt aus dem MERCOSUR als Vollmitglied zu drohen und sich auf ein Freihandelsabkommen mit den USA einzulassen. Und auch die Vorwürfe Paraguays und Uruguays an die Adresse von Argentinien und Brasilien in Sachen Asymmetrien und des Umgangs zwischen den Mitgliedstaaten trugen zu dem Bild der permanenten Krise bei. Doch auf dem 30. MERCOSUR-Gipfel im Juli 2006 in Argentinien ist mit dem Beitritt Venezuelas als Vollmitglied eine Wende eingetreten. Die neue Situation ist strategisch von großer Bedeutung, weil der MERCOSUR nun eine geopolitische und wirtschaftliche Achse von der Karibik bis nach Feuerland bildet und 78% des BIP Südamerikas ausmacht. Zum MERCOSUR gehört mit Venezuela nun außerdem auch das Land mit den größten Erdöl- und -gasreserven des Kontinents. Der Beitritt Venezuelas hat außerdem eine neue Dynamik in

<sup>9</sup> ALCA: Freihandelszone für ganz Amerika

<sup>10</sup> ALBA: Bolivarianische Allianz der Amerikas

<sup>11</sup> TCP: Handelsvertrag der Völker

<sup>12</sup> CAN: Gemeinschaft der Andenstaaten

<sup>13</sup> siehe Fußnote 16

<sup>14</sup> Übereinkunft über die Schaffung des MERCOSUR-Tribunals, -sekretariats und -parlaments.

die Debatte und die wirtschaftlichen und politischen Allianzen innerhalb des Blocks gebracht. Venezuela hat eine Vermittlerrolle zwischen großen und kleinen Mitgliedstaaten übernommen und trägt zur Bildung neuer Symmetrien bei, indem es den kleineren Ländern wirtschaftliche Konzessionen gewährt und seinen Markt für deren Exporte öffnet.

Doch die Ergebnisse des 30. Gipfeltreffens beschränken sich nicht nur auf politische Signale, es gibt auch ganz konkrete Resultate im Bereich des Handels: Fortschritte bei der Zollgesetzgebung, bei der Eliminierung der doppelten Ausfuhrbesteuerung, bei der Liberalisierung von Dienstleistungen und staatlichen Beschaffungen sowie bei der offiziellen Einbeziehung von Bolivien, Paraguay und Uruguay in die Initiative des "Gaseoducto del Sur". Des Weiteren wurde ein Rahmenhandelsabkommen mit Pakistan und ein ergänzendes Wirtschaftsabkommen mit Kuba unterzeichnet. Letzteres wird als politische Geste gegen das US-Embargo gewertet, denn der Handel mit Kuba macht nur 0,17% des Außenhandels des MERCOSUR aus. Einige Staaten haben sich darüber hinaus verpflichtet, den parlamentarischen Abstimmungsprozess über den Fonds für Strukturausgleich zu beschleunigen. Der Fonds wird vor allem der Wirtschaft von Paraguay und Uruguay zugute kommen, die ihrerseits eine Frist von 60 Tagen für die Vorlage von konkreten Projekten haben.

Auf politischer Ebene ist besonders die Übereinkunft zu erwähnen, Venezuela bei seiner Bewerbung um einen Sitz als nicht ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Jahre 2007 – 2008 zu unterstützen. Weiter haben die Staatsoberhäupter des MERCOSUR und der assoziierten Länder<sup>15</sup> beschlossen, das Projekt der Comunidad Sudamericana de Naciones (CSN)<sup>16</sup> voranzutreiben, durch die Integration der bereits bestehenden Blöcke. Dieser Beschluss entspricht einer Bestätigung der CAN. Obwohl nicht in der Schlusserklärung enthalten, wurden zwei weitere Vorschläge Argentiniens und Venezuelas diskutiert: die Gründung einer Entwicklungsbank des MERCOSUR<sup>17</sup> und die Ausgabe des Bono del Sur<sup>18</sup>. Die Mitgliedsländer verpflichteten sich, die technische und politische Machbarkeit dieser Vorschläge zu prüfen.

Besonders hervorzuheben ist, dass die verschiedenen Regierungsinstanzen in der Vorbereitungsphase des MERCOSUR-Gipfels die

Beratungen erstmals auch der Zivilgesellschaft zugänglich gemacht haben, die im Rahmen des Programms „Somos Mercosur“ auch weiterhin an den Diskussionen teilnehmen wird. Außerdem begrüßten die Staatsoberhäupter in der Schlusserklärung den Parallelgipfel der sozialen Organisationen und Bewegungen und schlugen vor, diese Initiative auch bei den künftigen Gipfeltreffen beizubehalten.

Diese neue politische Dynamik im MERCOSUR hat auch die Erwartungen für eine andere Integration, die wie im ursprünglichen Konzept des MERCOSUR mehr Gewicht auf das Politische und Soziale legt, wieder belebt. Eine solche Veränderung ist möglich, allerdings nur, wenn die sozialen Organisationen und Bewegungen in die Debatte mit einbezogen werden, ohne ihre kritische Unabhängigkeit einzubüßen, und wenn sie politische Alternativvorschläge einbringen, die der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region eine neue Richtung zu geben vermögen.

Die „Comunidad Sudamericana de Naciones“, eine Initiative von Brasilien, geht über den MERCOSUR und die CAN hinaus. Fernziel ist eine über eine Freihandelszone hinausgehende Integration im politischen, sozialen, wirtschaftlichen und Umweltbereich sowie der Infrastruktur in ganz Südamerika. Bisher konnten jedoch keine über die "Erklärung von Cuzco"<sup>19</sup> hinausgehenden Fortschritte erzielt werden. Der Stillstand in der CSN ist die Folge der außenpolitischen Prioritäten Brasiliens, das sich derzeit auf seine Bewerbung um einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat und auf eine aktive Rolle bei den BRIC-Staaten und in der G20 konzentriert, was eine Schwächung seiner Führungsrolle in der Region zur Folge hat.

Die Regierungswechsel und neuen politischen Konstellationen innerhalb des MERCOSUR und der CAN – wichtigste Pfeiler der CSN – werden großen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung der CSN haben. Diese steht vor der Herausforderung, die Ziele der "Erklärung von Cuzco" mit der derzeitigen Ausrichtung der Staats- und Wirtschaftspolitik der verschiedenen südamerikanischen Länder in Übereinstimmung zu bringen, so denn tatsächlich der politische Wille zu einer neuen, anderen Integration besteht. Der nächste Gipfel der südamerikanischen Staatsoberhäupter ist für den 8. und 9. Dezember in Santa Cruz de la Sierra (Bolivien) vorgesehen. Er wird entscheidend sein für das Fortschreiten dieses Integrationsprojekts.

<sup>15</sup> Bolivien, Chile, Kolumbien, Ecuador und Peru

<sup>16</sup> CSN: Südamerikanische Staatengemeinschaft

<sup>17</sup> Das Kapital der Bank soll aus Teilen der Reserven gebildet werden, die die Länder bei internationalen Organismen oder bei Banken im Norden angelegt haben.

<sup>18</sup> Von multinationalen Organismen unabhängiger multinationaler Schuldtitel.

<sup>19</sup> Siehe <http://www.comunidadandina.org> Declaración del Cuzco", unterzeichnet am 08.12.2004 im Rahmen des 3. Südamerikagipfels aller Staatsoberhäupter. Die Erklärung enthält auch die Ziele der CSN.

Parallel zum Gipfel der Staatsoberhäupter wird der „Gipfel zur Integration der Völker“ stattfinden, organisiert von thematischen Netzwerken, Gewerkschaften und regionalen sozialen Bewegungen, die sich in der „Alianza Social Continental“ zusammengeschlossen haben und die Verhandlungen über Freihandelsabkommen der Regierungen mit anderen Blöcken aufmerksam und kritisch mitverfolgen. Ziel des Parallelgipfels ist es, die Diskussionen über Alternativen zum derzeitig laufenden Integrationsprozess zu vertiefen. Die Heinrich-Böll-Stiftung wird gemeinsam mit den Projektpartnern der Region Vorschläge zur Diskussion stellen, die eine Antwort auf die vielfältigen Probleme in den Bereichen WSKU-Rechte<sup>20</sup>, Handhabung der natürlichen Ressourcen, Umwelt, Ungleichheit und kulturelle Abhängigkeit geben.

### **Tendenzen: Mehr staatliche Beteiligung und Megaprojekte im Energiesektor**

Zu beobachten ist in der Region eine vermehrte direkte Beteiligung des Staates an Verhandlungen, in denen von ausländischen Firmen eine gerechtere Verteilung der Gewinne und auch die Einhaltung ihrer Verträge verlangt werden. Ebenso interveniert der Staat auch vermehrt in strategischen Bereichen wie dem Energiesektor und der Wasserversorgung, wo einige staatliche oder gemischte Unternehmen mit staatlicher Aktienmehrheit gegründet wurden. So hat z.B. Ecuador ein Gesetz verabschiedet, das dem Staat 50% der zusätzlichen Einnahmen aufgrund der Erhöhungen des Erdölpreises, die sich nach der Unterzeichnung der entsprechenden Förderverträge ergeben haben, zuweist. Der ecuatorianische Staat hat auch bei der US-Erdölfirma Occidental Petroleum interveniert und deren Fördervertrag rückgängig gemacht, weil das Unternehmen gesetzeswidrig und ohne Einwilligung des Staates Aktien an die kanadische Firma Encana abgegeben hatte. In Argentinien hat die Regierung nach der Auflösung des Vertrags mit Aguas Argentinas, die zum Suez-Konsortium gehört, die Firma Aysa<sup>21</sup> gegründet. Und auch in Bolivien ist ein Trend in derselben Richtung sichtbar. Die Regierung Morales hat mit dem Nationalisierungsdekret eine Frist von 180 Tagen angesetzt, in denen die Unternehmen Vorschläge für neue Verträge unterbreiten können, weil die derzeitigen Verträge die staatliche Souveränität über natürliche Ressourcen ignorieren und damit eklatant gegen Art. 136, 137 und 139 der bolivianischen Verfassung verstoßen. Bolivien legt damit die Grundlage dafür, auf Rechtswidrigkeit der Verträge zu klagen und Anspruchsforderungen vonseiten der Unternehmer auszuweichen. Eine der wichtigsten Bestimmungen des Verstaatlichungsdekrets in Bolivien ist, dass der Staat die Preise für den Export festlegt.

<sup>20</sup> WSKU-Rechte: wirtschaftliche, soziale, kulturelle und Umweltrechte

<sup>21</sup> Aysa: Aguas y Saneamiento Argentinos

Im ersten Halbjahr 2006 sind jedoch immer mehr die Differenzen zwischen den Ländern über Handelsfragen oder über den Zugang zu und die Verwertung von gemeinsamen Ressourcenvorkommen in den Vordergrund gerückt wie z. B. der Konflikt zwischen Uruguay und Argentinien über den Bau von zwei Zellulosefabriken auf uruguayischen Territorium an den Ufern des Río Uruguay, der sowohl argentinisches wie auch uruguayisches Staatsgebiet durchfließt. Um vom Konflikt um das Produktionsmodell und den mit den beiden Fabriken verbundenen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Problemen abzulenken, kreist die öffentliche Debatte vornehmlich um das Thema der nationalen Souveränität und um die Proteste der betroffenen Bevölkerung.

Die Suche nach Lösungen für die Energiekrise und der steigende Energiebedarf der Wirtschaft haben dazu geführt, dass das Thema Energie in der öffentlichen Diskussion und auch auf den Gipfeltreffen der Regierungen eine herausragende Stellung einnimmt. Die verschiedenen Pläne zum Bau von Gaspipelines, die Verhandlungen um den Erdgaspreis und die kürzliche Verstaatlichung der Erdöl- und Gasreserven in Bolivien sind Thema Nummer eins in der Presse, denn sie betreffen verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Interessen: Unternehmer, Regierungen und Konsumenten. Im Falle Brasiliens, wo 51% des verbrauchten Erdgases aus Bolivien stammen, kommen noch die Verhandlungen über den Gaspreis und die neuen Verträge mit der Firma Petrobras, die auf bolivianischen Staatsgebiet fördert und produziert, dazu.

Das Megaprojekt „Gaseoducto del Sur“, das ursprünglich von Argentinien, Brasilien und Venezuela lanciert wurde, und dem sich offiziell auch Bolivien, Paraguay und Uruguay angeschlossen haben, wird als einziger Weg zur Gasversorgung für Südamerika gesehen. Der „Gaseoducto del Sur“ zwischen Venezuela und Argentinien soll in drei Etappen gebaut werden. In der ersten Phase wird eine Pipeline zwischen dem Süden Venezuelas und dem Norden Brasiliens (Fortaleza) gelegt. Gleichzeitig wird eine weitere Pipeline vom Nordosten Argentiniens aus gebaut, die Bolivien, Argentinien, Uruguay und Brasilien bis Porto Alegre miteinander verbinden soll. Und in der dritten Etappe sollen die beiden Systeme auf brasilianischem Territorium miteinander verknüpft werden. Dieses Megaprojekt durchkreuzt die Ökosysteme von Guayana (Venezuela) sowie auch das Amazonasbecken und wird unvorhersehbare sozioökologische Auswirkungen für die lokalen Bevölkerungen zur Folge haben.

Im Energiebereich wird nicht nur über die Preise und die Ankündigung von immer mehr neuen Pipelines diskutiert. Begonnen hat auch die Debatte über die Produktion von Biobrennstoffen und

Biodiesel, die als ein Geschäft angepriesen werden, bei dem sowohl die Länder des Nordens als auch des Südens gewinnen.

Wenn dieser Anbau in dem von Regierungen und Unternehmen geplanten Umfang ausgedehnt wird, könnte dies die Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung gefährden. Gleichzeitig bietet die Produktion von Biodiesel einen Ausweg aus dem Überangebot an genmanipulierten Produkten, die von den Konsumenten abgelehnt werden. Deshalb planen die Regierungen in Brasilien und Argentinien genmanipuliertes Soja für die Herstellung von Biodiesel zu nutzen. Dies könnte zu einer Expansion des Anbaus von Gensoja führen, was wiederum enorme soziale und ökologische Kosten für die lokalen Bevölkerungen bedeuten würde (Konflikte um Boden und Wasser, zunehmende Abholzung und Bodenerosion). Die derzeitige Energiepolitik stellt die Umwelt- und Kleinbauernbewegung vor die Herausforderung, neue Argumente und plausible und nachhaltige Alternativen zu erarbeiten, um sich dem Diskurs der Regierungen entgegenzustellen und aufzuzeigen, dass die von den Regierungen angestrebte energetische Integration nichts anderes als die Fortsetzung und Vertiefung des heutigen von Erdöl und exzessiver Ausbeutung der natürlichen Ressourcen abhängigen Entwicklungsmodells ist.

## 2. Argentinien

### Wachstum und Kaufkraftverlust der Bevölkerung

Die Wirtschaft in Argentinien expandiert seit nunmehr drei Jahren. Im Jahr 2005 ist das BIP um 9,2% gestiegen. Dazu beigetragen hat der Anstieg bei den Exporten (+13,8%), insbesondere bei den Primärprodukten (+16%) und bei weiterverarbeiteten Agrarprodukten (+10%). Bei einer weiterhin günstigen Entwicklung der internationalen Rahmenbedingungen (hohe Preise für die commodities und steigende Rohstoffnachfrage aus China) für Argentinien wird das Wachstum für 2006 nicht unter 8% liegen.

Die Arbeitslosenquote in Argentinien lag 2005 bei 11,6% und hat damit im Vergleich zum Vorjahr um 2% (2004: 13,6%) abgenommen. Allerdings werden in dieser Zahl z. T. auch Arbeitsplätze im informellen Sektor ohne Sozialversicherung und mit sehr niedrigen Löhnen erfasst. Die Löhne sind 2005 zwar um 6,1% gestiegen und der gesetzliche Mindestlohn wurde um 19% angehoben. Berücksichtigt man jedoch die Inflation von 12,3% sowie den Preisanstieg bei den exportierbaren Produkten des internen Konsums wie Fleisch (+30%) und Milchprodukte (+17,1%) sowie bei der

Grundversorgung (+16,5%), dann wird sichtbar, dass die Bevölkerung in Wirklichkeit einen erheblichen Kaufkraftverlust erlitten hat. Derzeit sind die Einkommen der 10% der Reichsten 30 Mal höher als die der 10% der Ärmsten. Auch diese Kluft ist weiter gewachsen (2004: 28 Mal höher). Argentinien ist heute eines der Länder mit den größten sozialen Ungleichgewichten in der Region.

### Zahlungen an den IWF

Dem Beispiel Brasiliens folgend und um sich aus der politischen Zwickmühle zu befreien, die sich aufgrund der fehlenden Unterstützung bei der Verhandlung über ein neues Abkommen mit dem IWF ergeben hatte, hat die argentinische Regierung 9.810 Millionen US\$ an Schuldzahlungen für das Jahr 2006 an den IWF im voraus geleistet, und diese als "desendeudamiento" (Schuldenabtrag) bezeichnet. Allerdings musste sie dazu auf die Reserven der Zentralbank zurückgreifen, was bedeutet, dass die Schuld beim IWF durch eine bei der Zentralbank ersetzt wurde. Während der Jahreszins beim IWF bei 4% lag, sind bei der Zentralbank jährlich 9% Zinsen pro Jahr zu leisten. Diese Schuldenabtragsaktion beim IWF hat die Regierung als souveränen Akt bezeichnet, um sich von den Kontrollen des IWF zu befreien und so die Selbstbestimmung über Staatskonten, makroökonomische Strategien und die Einkommensumverteilung zurückzugewinnen. Diese Aktion wurde aus politischen, gewerkschaftlichen und sozialen Kreisen jedoch stark kritisiert, denn um Mehreinnahmen in einem Umfang zu erwirtschaften, die es erlauben, die Verringerung der Reserven wieder auszugleichen und andere Gläubiger wie die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank zufrieden zu stellen, wird das Land nicht darum herumkommen, Steuern anzupassen, seine Außenverschuldung zu erhöhen und weiterhin bei Sozialausgaben und – investitionen zu sparen.

### Staatliche Beteiligung an Unternehmen

Angesichts der Vertragsverletzungen von Seiten der transnationalen Unternehmen ist auch in Argentinien die Tendenz zu vermehrter staatlicher Intervention bei Eigentum und Preisregulierung zu beobachten. So hat die argentinische Regierung vor kurzem den Vertrag mit Aguas Argentinas (Teil des französischen Konzerns Suez) annulliert und die staatliche Firma AYSA<sup>22</sup> gegründet, die in Zukunft für die Wasserversorgung von Buenos Aires zuständig sein wird. Der Grund für die Annullierung des Vertrags mit Aguas Argentinas war, dass diese mit der Verteilung von verschmutztem Wasser die Gesundheit der Bevölkerung gefährdete. Außerdem hat

---

<sup>22</sup> AYSA: Aguas y Saneamientos Argentinos

die Regierung erneut eine Beteiligung des Staates an den Aerolíneas Argentinas erreicht.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Gewinne der transnationalen Unternehmen weiterhin im Steigen begriffen sind, wird nun mehr und mehr gefragt, wie viel von den Gewinnen investiert wird und welchen Beitrag diese zum produktiven System und zur Wirtschaft leisten. Laut Angaben des Indec<sup>23</sup> zur Zahlungsbilanz 2005 haben die ausländischen Unternehmen 2.818 Millionen US\$ an Gewinnen in ihre Heimatländer überwiesen. 2004 waren es 1.940 Millionen US\$. Im ersten Quartal 2006 wurden 934 Millionen US\$ an die jeweiligen Hauptsitze transferiert. Die wieder investierten Gewinnanteile plus Kapitalbeiträge beliefen sich zusammen auf 610 Millionen, was bedeutet, dass die Bilanz für Argentinien negativ ausfiel, und zwar um 324 Millionen US\$.

### Die Beziehungen zu den Nachbarländern

Der Besuch Nestor Kirchners in Caracas anlässlich der Unterzeichnung des Beitritts Venezuelas zum MERCOSUR hat gezeigt, dass sich die bilateralen Beziehungen zwischen Argentinien und Venezuelas auf einem Höhepunkt befinden. Neben erneuten Erklärungen zum Bau des Gran Gaseoducto del Sur, haben die beiden Staatsoberhäupter zwei weitere Initiativen angekündigt: den "Bono del Sur" und die Banco Regional del Sur, welche nationale und multilaterale Projekte finanzieren soll. Die Energie- und Finanzprojekte sowie die bilateralen Abkommen in Sachen Handel und Handelsförderung zwischen Privatunternehmen beider Länder haben für beide Länder Vorteile gebracht.

Ganz anders liegen die Dinge bei den Beziehungen zu Uruguay und Chile, die an einem Tiefpunkt angelangt sind. Grund dafür sind Differenzen über die Handhabung der Ressourcen und Handel. Der Konflikt um den Bau der Zellulosefabriken der multinationalen Unternehmen Botnia und Ence im uruguayischen Fray Bentos ist noch nicht beigelegt, ein Aussicht auf Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den Regierungen ist zurzeit nicht in Sicht. Der Vorschlag Uruguays, die Transnationalen zusammen mit Argentinien zu überwachen, wurde von der argentinischen Regierung zurückgewiesen. Diese sucht weiter nach Argumenten für ihre Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag.

Was die einst vielversprechenden Beziehungen Argentinien zu Chile betrifft, so haben sich diese empfindlich verschlechtert. Gründe dafür sind die Nichterfüllung von Verträgen über Gasliefer-

ungen sowie die Preiserhöhungen, die die argentinische Regierung einseitig beschlossen hat.

### Die Wahlen im Oktober 2005 und Ausblick auf die Wahlen 2007

Bei den letzten Parlamentswahlen<sup>24</sup> (23. Oktober 2005) haben die Wähler der Partei von Staatspräsident Nestor Kirchner mit 40% der abgegebenen Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen. Kirchner, der die Wahlen zum Plebiszit für seine Regierung gemacht hatte, hat damit seine drei Ziele erreicht: Neulegitimierung des Präsidentschaftsmandats durch ein klares Wahlergebnis, mehr Kontrolle über den Kongress, wo seine Partei bisher in der Minderheit war und Lösung des parteiinternen Disputs um den Peronismus, der bei den Wahlen in der Provinz Buenos Aires in zwei gespaltenen Lager auftrat, zu seinen Gunsten. Weiter konnte Kirchners Partei für sich verbuchen, dass praktisch keine der Oppositionsparteien über 10% der Stimmen hinausgekommen ist. So erreichte der sogenannte "Radicalismo" (der UCR des ersten Präsidenten der Demokratie Alfonsín) gerade mal 10,5% der Stimmen, die linke Mitte angeführt von Hermes Binner von der Partido Socialista sowie die rechte Mitte des Unternehmers Mauricio Macri von der Partei Compromiso por el Cambio (CPC) haben beide nur einstellige Ergebnisse erreicht.

Obwohl die Wahlergebnisse zeigen, dass Kirchner nach wie vor Sympathien genießt, können die Resultate nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser trotz einer massiven Kampagne immerhin ein Drittel der Stimmberechtigten nicht zu überzeugen vermochte. 29% der Stimmberechtigten wählten nicht, 9% gaben einen leeren Stimmzettel ab. Andererseits konnte die moderate Linke von Hermes Binner im Distrikt Santa Fe, der drittgrößten Region des Landes einen wichtigen Erfolg verbuchen und der Mitte-Rechtspartei von Mauricio Macri gelang es, wichtigste Oppositionspartei in der Hauptstadt des Landes zu werden und Elisa Carrió der ARI-Partei zu verdrängen.

Nach der Bestätigung der Staatsführung und der numerischen Verstärkung ihrer Partei im Parlament, deutet nichts auf einen Wechsel in der Regierungspolitik hin. Kirchner selber hat sich offiziell noch nicht dazu geäußert, ob er bei den Wahlen von Oktober 2007 erneut antreten wird. Auch bei den Feiern zu seinem dritten Amtsjahr am 25. Mai 2006<sup>25</sup> hat Präsident Kirchner eine mögliche Kandidatur zur Wiederwahl mit keinem Wort erwähnt, rief das Land

<sup>23</sup> Instituto Nacional de Estadísticas y Censo de la República Argentina (Statistisches Amt der Republik Argentinien)

<sup>24</sup> Bei den Wahlen stand die Hälfte der Abgeordnetenversammlung (Cámara de Diputados) und ein Drittel des Senats zur Wahl.

<sup>25</sup> Der 25. Mai ist außerdem Nationalfeiertag zur Erinnerung an die Bildung der ersten nationalen Regierung

jedoch dazu auf, sich für mehr Pluralität einzusetzen. Dies wurde als eine Andeutung auf sein Wahlprojekt interpretiert, das ausgerichtet ist auf die Bildung einer großen politischen Kraft, die Peronismus und Organisationen aus verschiedenen sozialen Sektoren zusammenführen soll. Kirchner hat bereits die Führung der traditionellen Gewerkschaften sowie die Menschenrechtsbewegung für sich gewinnen können. Die Tatsache, dass wichtige Persönlichkeiten aus der Menschenrechtsbewegung Kirchner öffentlich ihre Unterstützung zugesichert haben, ist von großer Bedeutung angesichts der Spannungen zwischen der Regierung und gewissen Kreisen des Militärs, die die Menschenrechtspolitik der Regierung öffentlich kritisiert und die illegale Repression der letzten Militärdiktatur gerechtfertigt haben.

Ein Jahr vor Ablauf seiner Amtszeit erreicht Präsident Kirchner in Umfragen fast 70% der Stimmen. Die Oppositionsparteien von Mauricio Macri und Elisa Carrió liegen bei je knapp 10%. Ein weiterer möglicher Kandidat ist Roberto Lavagna, Ex-Wirtschaftsminister unter Kirchner. Die Opposition muss sich noch darüber einig werden, wie eine Wiederwahl Kirchners verhindert werden kann. Zurzeit sind sowohl Roberto Lavagna (noch ohne Koalition) wie auch die Führungsspitzen der Parteien "Compromiso para el Cambio" und "Recrear para el Crecimiento" (Mitte-Rechts) für die Zusammenführung ihrer Kräfte. Die Kandidatin der Partei "Alternativa por una República de Iguales (ARI)", Elisa Carrió, hat hingegen angekündigt, keine Koalitionen einzugehen, auch wenn sie so keinerlei Siegeschancen hat. Doch bisher stehen noch keine definitiven Kandidaten fest, und auch Kirchner hat seine Kandidatur noch nicht offiziell angemeldet.

### **3. Chile : die ersten 100 Amtstage von Michelle Bachelet**

Michelle Bachelets Wahlkampf konzentrierte sich auf das Motto „Gleichheit für alle“ und das Ziel einer „Sociedad más inclusiva“ (eine Gesellschaft mit mehr Inklusion). Doch die positive Stimmung, die während ihrer Wahlkampagne und unmittelbar nach ihrem Sieg zu spüren war, hat sich nach und nach verflüchtigt. Grund dafür waren Probleme im Kabinett, Fehler im Konflikt mit den Schülerschaft und die Klage der Opposition, dass viele der 36 für die ersten 100 Amtstage gesetzten Ziele nicht erfüllt wurden, weil sie noch immer nichts mehr als Gesetzesentwürfe seien. Dazu kommt, dass Bachelet sich im Gegensatz zu Ex-Präsident Ricardo Lagos Forderungen aus der Gesellschaft nach tiefgreifenden sozialen Reformen gegenüber sieht.

#### **Die erste politische Krise: der Aufstand der Pinguine**

Die neue Staatspräsidentin hatte sich selbst für ihre ersten 100 Amtstage zum Ziel gesetzt, das Sozialversicherungswesen sowie das Wahlsystem und das Gesetz über Unterverträge zu reformieren. Doch schon bald sah sich die Regierung einem Konflikt mit der Schülerschaft der Sekundarstufe gegenüber, die neben wirtschaftlichen Forderungen (kostenloser Transport im öffentlichen Verkehr, kostenlose Aufnahmeprüfung für die Hochschulen, Verbesserung der Infrastruktur, etc.) grundlegende Veränderungen im Erziehungs- und Bildungswesen verlangten (z.B. Ganztageseschulen) und die Abschaffung der derzeitigen Erziehungsgesetzgebung (LOCE) forderten, die von der letzten Militärregierung am 10.03.1990 24 Stunden vor deren Abtritt noch schnell verabschiedet wurde, und die Freiheit des Unterrichts über das Recht auf Erziehung und Bildung stellt. So kam es zu den ersten Massenkundgebungen seit den 70er Jahren, die von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurden und während mehr als drei Wochen die Schlagzeilen beherrschten. Einer der wichtigsten Slogans der Protestbewegung war "¡El cobre por el cielo. La educación por el suelo!"<sup>26</sup>. Der „Aufstand der Pinguine“ wurde zur ersten politischen Krise der Regierung Bachelet. Als Ausweg aus dem Konflikt kündigte sie die Gründung einer Erziehungsberatungskommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für eine Erziehungs- und Bildungsreform an. Außerdem hat sie einen jährlichen Zuschuss von 133 Millionen Dollar für das Bildungsbudget in Aussicht gestellt. Genauso wie die Forderungen der Schüler- und Studentenschaft, wurde auch die Reform des derzeitigen Sozialversicherungs- und Wahlsystems an Kommissionen delegiert. Es wird erwartet, dass bis Ende Jahr entsprechende Gesetzesentwürfe vorliegen.

---

<sup>26</sup> Der Kupferpreis in den Wolken! Die Bildung am Boden!

## Die Vorschläge zu den geplanten Reformen in der Debatte

Was die Vorschläge zu einem neuen Sozialversicherungswesen betrifft, so wird sich die politische Debatte in den nächsten Monaten vor allem um die verschiedenen Sichtweisen der Problematik drehen. Die einen argumentieren rein ökonomisch und fordern z.B. die Erhöhung des Rentenalters für die Frauen von 60 auf 65 Jahre. Dieser Vorschlag wurde jedoch von den Frauenorganisationen und auch einigen Parlamentariern heftig kritisiert, so dass Bachelet sich gezwungen sah zu versichern, sie werde keinen Vorschlag vorlegen, der die Situation der Frauen weiter erschwere. Auch der Vorschlag zur Mindestrente und zur Schaffung eines speziell dafür zu gründenden Fonds hat zu Kontroversen innerhalb der Regierung geführt, denn einige Sektoren der Sozialistischen Partei sahen für die Finanzierung des Vorhabens Steuererhöhungen und eine Anhebung des Arbeitgeberbeitrags vor. Ebenso wünschen sie sich eine aktivere Rolle des Staates in diesem Bereich.

Die Kommission, die sich mit der Reform des Wahlsystems befasst, hat als Alternative zum Binominalismus ein korrigiertes Proporzsystem vorgeschlagen. Zurzeit ist die Regierung dabei, die Reform mit der Opposition zu verhandeln, doch konnte bisher keine Einigung erzielt werden. Andere politische Kreise, Gewerkschaften sowie die Kirche schlagen vor, die Regierung solle eine Volksabstimmung veranlassen, deren Ergebnis zwar nicht bindend wäre, aber doch dazu dienen würde, die Meinung der WählerInnen zum Thema zu hören.

Positiv zu verzeichnen ist für die ersten Monate der Regierung Bachelet die Verabschiedung des Gesetzes über Unterverträge, mit dem die prekäre Situation von mehr als 500.000 Chileninnen und Chilenen gelöst werden soll, die sich miserabelsten Arbeitsbedingungen ausgesetzt sehen. Die Praxis der Unterverträge war vor allem im Bergbau- und Landwirtschaftssektor gang und gäbe. In der Landwirtschaft betraf sie vor allem Frauen, die für befristete Zeit angestellt werden. Weiter hervorzuheben ist der Beschluss der Regierung Bachelet, die Mindestrente und Sozialhilfe für 1.200.000 Personen anzuheben. Die Mehrheit der ChilenInnen erachtet diese Maßnahme als nötig und gerecht. Der Entscheid zur Erhöhung steht nicht zur Diskussion, doch gibt es kritische Stimmen zur Finanzierung derselben. Der Gesetzesentwurf für die Rentenerhöhung war daran gebunden, die Mehrwertsteuer bei 19% zu belassen. Diese war unter Ricardo Lagos vorübergehend von 18% auf 19% angehoben worden, nachdem als Folge der Freihandelsabkommen mit den USA und der EU Einnahmeausfälle auszugleichen waren. In der politischen Debatte haben Organisationen der Zivilgesellschaft in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, die Regierung müsse ihre Finanzierungspolitik für Sozialpro-

gramme dringen überdenken, denn würden keine direkten Steuern erhoben, würden sich die Ungleichgewichte im Land nur noch verschärfen. Unter den Vorschlägen zur Finanzierung der neuen Mindestrente sind Steuern und die Anwendung von Royalties auf nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen.

Auf wirtschaftlicher Ebene waren die ersten 100 Tage der Amtszeit von Michelle Bachelet geprägt von der Debatte über den Kupferpreis, der im ersten Halbjahr Steuermehreinnahmen von ca. 3 Milliarden US\$ gebracht hat. Ein weiteres wichtiges Thema war der Beschluss der Regierung, diese Mehreinnahmen bei ausländischen Banken anzulegen und sie so "auf die hohe Kante zu legen" und nur die Zinsen zu verwenden. 72% der Chilenen haben sich zu dieser Entscheidung kritisch geäußert. Sie sind der Meinung, diese zusätzlichen Mittel sollten jetzt ausgegeben oder in Strukturveränderungen im Produktionssektor investiert werden, hänge die chilenische Wirtschaft doch ganz und gar vom Abbau natürlicher Ressourcen, insbesondere vom Kupferbergbau (45%) ab.

Mit dem Ziel, Chile in eine Weltmacht der Nahrungsmittelproduktion zu verwandeln, hat die Regierung das Subsekretariat für Fischerei dem neu geschaffenen Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung unterstellt und die Reform des Finanzministeriums, das nun Ministerium für Wirtschaftliche Ressourcen und Internationalen Handel heißt, in Angriff genommen. Bei letzterem wird außerdem ein weiteres Subsekretariat für Außenhandel angesiedelt. In verschiedenen Kreisen der chilenischen Gesellschaft wird die Tendenz, ressourcenintensive wirtschaftliche Aktivitäten wie z.B. Agrarindustrie oder die Lachszucht zu fördern, mit Sorge beobachtet. Dies gilt auch für die Suche nach neuen Freihandelsabkommen, um die chilenische Wirtschaft weiter auf die internationalen Märkte auszurichten. In den ersten drei Monaten der Regierung Bachelet haben sich große Fischereiunternehmen im Lachsmarkt installiert. Es wird befürchtet, dass dies zur Konzentration der Fischerei- und Lachsindustrie in der Hand von einigen wenigen Unternehmen führen wird.

## Die Energiefrage und der Umweltschutz

Wichtigstes Thema auf der politischen Agenda war jedoch die Energie. Die Debatte betrifft insbesondere die Versorgung mit argentinischem Erdgas und dessen Preis, sowie die Wasserkraftwerke in Aysén. Das neue Preisabkommen zwischen Argentinien und Bolivien für bolivianisches Erdgas hat sich auch auf Chile ausgewirkt. Sowohl Bolivien wie auch Argentinien exportierten ihr Gas früher zu einem Preis, der unter dem Wert auf den internationalen Märkten lag. Jetzt wurde der Preis jedoch auf 5,00 US\$/1Mio BTU angehoben. Die Abhängigkeit Chiles von argentinischem Gas hat

die großen Gewinne aufgedeckt, die Gastransporteur und –verteiler einstecken. Die 5,00 US\$/1 Million BTU Ursprungspreis verwandeln sich für die chilenischen Konsumenten in 24 US\$. Diese Situation beweist weiter, dass die Wirtschaftsaufsicht, also die Institution, die darüber zu wachen hat, dass der Konsument einen gerechten Preis bezahlt für seine Produkte, ihre Aufgabe nicht erfüllt hat.

Im ersten Halbjahr gab es in Chile eine heftige Debatte um den Bau von vier Wasserkraftwerken, die die Firma Endesa in der Región Aysén errichten will. Sie sollen 2.400 MW an Strom ins System einspeisen. Doch sowohl die Umweltbewegung wie auch die betroffenen Dorfgemeinschaften fordern von der Regierung, nach Alternativen zur Lösung des Energieproblems zu suchen, denn die vier Bauvorhaben hätten negative Auswirkungen auf die anfälligen Ökosysteme von Patagonien und damit auch auf die Bevölkerung. Zu diesem Konflikt kommt die Absicht der Lachsindustrie hinzu, sich in der Region ebenfalls weiter auszubreiten, um ihre Exportproduktion um 40% steigern zu können.

Von den Umweltorganisationen begrüßt wurde hingegen die Ankündigung der Ministerin für Bergbau und Energie einen Plan für Nachhaltige Energiesicherheit zu erstellen. Ziel des Plans ist, die angestrebte 15%ige Steigerung der Stromproduktion bis zum Jahr 2010 (auf 1.750 MW) auf der Grundlage von nicht konventionellen erneuerbaren Energiequellen zu erreichen. Über den Partner Chile Sustentable hat die Heinrich-Böll-Stiftung aktiv an der Entwicklung von Instrumenten mitgearbeitet, die es erlauben, alternative erneuerbare Energiequellen ins System mit einzubeziehen. Dazu gehört das Gesetz "Ley Corta I" und die Einrichtung und Förderung eines Fonds für die Finanzierung von Machbarkeitsstudien und Beraterdienstleistungen. Es wird erwartet, dass aufgrund dieser Initiativen bis zum Jahr 2007 ca. 200 MW aus alternativen erneuerbaren Energiequellen gewonnen werden.

Den Umweltschutz hat Michelle Bachelet zu einer der Prioritäten ihrer Amtszeit erklärt. Doch die guten Absichten der Regierung machen leider wenig Fortschritte: Die Zellulosefabrik Arauco in Valdivia ist noch immer in Betrieb, obwohl sie ihre Emissionen nicht reduziert hat. Mehr noch, demselben Unternehmen wurde die Genehmigung für den Betrieb des Forst- und Industriekomplexes Nueva Aldea erteilt. Weiter wurde trotz des Widerstandes der betroffenen Dorfgemeinschaften das Goldabbauvorhaben Pascua Lama definitiv genehmigt. Die Bevölkerung hatte sich gegen das Projekt gewehrt, weil dieses eine ernste Gefahr für die Gletscher bedeutet, deren Wasser die Flüsse in den Tälern – einer wichtigen Landwirtschaftszone – speisen.

Was die Schaffung des Umweltministeriums bedeutet, so hat die Regierung dem Kongress einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der neu das Amt eines/r Vorsitzenden der Nationalen Umweltkommission CONAMA vorsieht und zwar im Rang eines/r Staatsministers/in. Der Entwurf sieht keine neuen Finanzmittel vor, das heißt, dass Mittel aus dem Bereich der Überwachung von Administration und Bürokratie umgeleitet werden. Noch nicht geklärt ist, welches die tatsächlichen politischen Befugnisse des Vorsitzes der CONAMA außer der Koordinationsrolle sein sollen. Als positiv gewertet werden die Sanktionen, die CONAMA gegen 13 Lachszuchtunternehmen in der Region X eingeleitet hat, die mehr produziert haben, als ihnen genehmigt worden war. Mehrere der angeklagten Firmen hatten noch im September 2005 die APL-Zertifizierung<sup>27</sup> erhalten, die eine 100%ige Einhaltung der Normen voraussetzt.

### Die außenpolitischen Schwerpunkte

Außenpolitisch hat Chile angekündigt, sich auf die Region, also auf die Differenzen mit Bolivien und Peru zu konzentrieren. Mit Bolivien wurde ein Dialog aufgenommen über Handels- und Kooperationsthemen. Die Forderung Boliviens nach einem Zugang zum Pazifik ist noch ausgeklammert. Doch Bolivien hat eventuelle Erdgaslieferungen an Chile an die Bedingung des Meerzugangs gebunden. Die Regierung Bachelet zeigt sich bereit, zur CAN zurückzukehren, voraussichtlich als assoziiertes Mitglied. Assoziiertes Mitglied ist Chile seit 1996 auch im MERCOSUR. Die Mitgliedschaft Chiles in beiden Blöcken zeigt, dass das Land in Sachen physische Integration auf die Südamerikanische Staatengemeinschaft setzt. Damit richten sich die außenpolitischen Entscheidungen der Regierungen nach den Bedürfnissen des Landes, denn Chile braucht Gas aus Bolivien und Argentinien. Im Rahmen der Handelskorridore zwischen Atlantik und Pazifik strebt Chile an, sich als Ein- und Ausgangstor für den Handel zwischen diesen Polen zu konsolidieren.

Unter den positiven Maßnahmen in der Außenpolitik ist besonders die Ankündigung der Ratifizierung des Abkommens über den Internationalen Strafgerichtshof zu nennen. Chile hatte das Dokument auf Druck der USA und von der rechten Opposition bisher nicht ratifiziert. Die USA drängten auf eine Sonderklausel, nach der Chile sich verpflichtet hätte, keine chilenischen Soldaten an den Internationalen Strafgerichtshof auszuliefern. Was die rechte Opposition betrifft, so werden gewisse Einschränkungen gemacht, die verhindern, dass während der Pinochet-Diktatur begangene Verbrechen vor dem Gerichtshof verhandelt werden.

---

<sup>27</sup> APL: Acuerdo de Producción Limpia (Abkommen für eine saubere Produktion)

Ein weiterer Konfliktpunkt mit den USA ist, dass Chile die Kandidatur Venezuelas auf einen nicht ständigen Sitz beim UNO-Sicherheitsrat unterstützen wird. Die USA hatten Chile gebeten, die Bewerbung Guatemalas zu unterstützen. Die Regierung hat lange gebraucht, um eine Entscheidung zu fällen. Grund dafür waren die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Parteien der Concertación. Die inneren Diskrepanzen haben den Druck der USA noch ansteigen lassen. Doch die chilenische Regierung hat öffentlich kundgetan, sie werde keine Drohungen akzeptieren.

#### 4. Uruguay: ein Jahr Regierung Vázquez

##### Die Differenzen in der Frente Amplio

Ein Jahr nach dem Amtsantritt von Präsident Tabaré Vázquez treten die Differenzen innerhalb der Frente Amplio-Koalition immer deutlicher zu Tage. Vor allem das MPP<sup>28</sup> – größter Koalitionspartner der Frente Amplio – ist unzufrieden mit der Wirtschaftspolitik. Weitere Persönlichkeiten der Frente Amplio haben sich der Kritik angeschlossen und eine Erklärung<sup>29</sup> unterzeichnet, die zu einer "internen Bewegung" innerhalb der Frente Amplio ausgebaut werden soll, um mehr Einfluss auf die Organe der Parteiführung und damit auf die Regierung Tabaré Vázquez nehmen zu können. Auch soziale und Gewerkschaftsorganisationen kritisieren die Regierung Vázquez.

Die grundlegenden Kritiken richten sich vor allem gegen das Wirtschafts- und Finanzministerium und dessen Politik, die darauf abzielt, ausländische Investoren anzuziehen. Auch der Gesetzesentwurf zur Steuerreform zugunsten des ausländischen Kapitals, der zurzeit in der Abgeordnetenversammlung diskutiert wird sowie die Handhabung der Problematik der Landverteilung und die zunehmende Konzentration des Bodens in ausländischer Hand sind Kritik ausgesetzt. Ein Aspekt dieser Problematik ist die Tatsache, dass viele Ländereien von Ausländern aufgekauft werden. Zahlreiche Bauern sind gezwungen Land zu verkaufen, um ihre Schulden bezahlen zu können. Auch die Ankündigung des Wirtschafts- und Finanzministeriums, vorzeitig fast die Hälfte<sup>30</sup> der uruguayischen Schulden beim IWF zu begleichen, hat sowohl bei Vertretern der Frente Amplio wie auch bei den Oppositionsparteien (Blanco und

Colorado) und der PIT-CNT<sup>31</sup> kritische Reaktionen ausgelöst. Die Regierung argumentiert, die vorzeitige Tilgung der bis 2007 fälligen Schulden würde dem Land Zinseinsparungen von 15 Millionen Dollar bringen.

Positiv zu vermerken sind folgende Maßnahmen und Entwicklungen: die Erhöhung des Haushalts für Bildung und Erziehung um 50%, die Steigerung der Löhne um 4,6% und die Subventionen für den Sozialplan, der 50.000 Familien aus den ärmsten Bevölkerungsschichten zugute kommt. Ein weiterer Erfolg der Regierung Tabaré Vázquez ist die Schaffung von Dreiparteienräten (Regierung-Arbeitnehmer-Arbeitgeber) zur Verhandlung von Lohnerhöhungen. Die Maßnahme hat dazu beigetragen, die Arbeitskonflikte zu verringern.

##### Der Konflikt um die Zellulosefabriken

Wichtigstes Thema der politischen Debatte in Uruguay war dieses Jahr jedoch der Bau von zwei Zellulosefabriken des spanischen Unternehmens ENCE und der finnischen Botnia, sowie die mögliche Einrichtung dreier weiterer Werke. Dabei ging es nicht nur um die Konsolidierung des Forstwirtschaftsmodells mit Fabriken mit hoher Umweltverschmutzung und hohen sozialen Kosten in den umliegenden Dorfgemeinschaften, sondern auch um die Konsequenzen für die bilateralen Beziehungen zwischen Uruguay und Argentinien. Der Konflikt zwischen den beiden Ländern wurde bis zum Internationalen Gerichtshof von Den Haag getragen.

Grund dafür ist die Weigerung Uruguays, eine kumulative Umweltverträglichkeitsstudie in den beiden Fabriken zuzulassen. Beide transnationalen Unternehmen drohten damit, dass sie bei Nichterfüllung der unterzeichneten Verträge das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) der Weltbank anrufen werden. Die Position der Regierung im Konflikt mit den Papierfabriken wurde von den sozialen Bewegungen stark kritisiert. Sie gehen auf Distanz zur Regierung, und noch am selben Tag, an dem die Regierung das Land über die Weiterführung der Bauarbeiten für die Fabriken in Fray Bentos informierte (29.05.06), haben die sozialen Organisationen zu Protesten gegen die Forstpolitik der Regierung, gegen die Fabriken, gegen das Freihandelsabkommen mit den USA sowie gegen einige Aspekte der Steuerreform (z.B. Steuervorteile für Forstunternehmen) aufgerufen.

<sup>28</sup> MPP: Movimiento de Participación Popular

<sup>29</sup> "Declaración de frenteamplistas", <http://www.tinku.org/uruguay> vom 16.06.2006

<sup>30</sup> 920 Millionen von insgesamt 1,98 Milliarden US\$. Die Zahlung wäre im Jahr 2007 fällig.

<sup>31</sup> PIT-CNT: Central de Trabajadores = Dachverband der Gewerkschaften

## Die Annäherung an die USA

Auf außenpolitischer Ebene steht die Annäherung Uruguays an die USA zur Debatte. Das Land verhandelt zurzeit über ein bilaterales Investitionsabkommen mit den USA, und die Regierung versucht, bei dem Abschluss eines Freihandelsabkommens voranzukommen.

Damit stellt sich Vázquez gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit, das sich in mehreren Abstimmungen gegen die Privatisierung der Grundversorgung (Wasser, Telefonfestnetz, Strom) ausgesprochen hat. Die Bevölkerung sowie auch ein Teil der Regierungskoalition (MPP und die Unterzeichner der „Erklärung“) wehren sich gegen ein Freihandelsabkommen und fordern, das Thema in der Frente Amplio zu diskutieren. Die Gegner eines solchen Abkommens setzen auf die Vertiefung der Beziehungen Uruguays zum MERCOSUR. Das Interesse der USA an einem Freihandelsabkommen ist mehr politischer denn wirtschaftlicher Natur, denn ein Abkommen dieser Art entspricht der neuen Strategie der US-Administration, die angesichts der Schwierigkeiten, ihre Agenda bei der WTO und beim ALCA voranzubringen, auf die Aushandlung von bilateralen Freihandelsabkommen setzt. Um den Widerstand gegen das Vorhaben zu verringern, spricht die uruguayische Regierung nicht von TLC (Freihandelsabkommen) sondern von ABC<sup>32</sup> (bilateralen Handelsabkommen). Bei Abschluss eines TLC müsste Uruguay seinen Status als Vollmitglied im MERCOSUR aufgeben und könnte in Zukunft nur noch assoziiertes Mitglied sein, da TLC nicht mit der Zollunion des MERCOSUR vereinbar sind. Die Situation ist äußerst kompliziert, denn ein Abkommen mit den USA würde außerdem bedeuten, dass der MERCOSUR einen neuen Sitz für sein Sekretariat und sein Parlament suchen müsste.

Ein weiterer Konflikt innerhalb der Regierungskoalition ist das Thema Menschenrechte. Speziell geht es dabei um das Gesetz „Ley de Caducidad“, das garantiert, dass Verbrechen und Verstöße der Militärs gegen die Menschenrechte während der Diktatur von 1973 bis 1985 nicht angeklagt werden können. In diesem Zusammenhang ist positiv zu vermerken, dass die uruguayische Justiz die Auslieferung von drei uruguayischen Militärs, die in den Plan Condor verwickelt waren, an Chile beschlossen hat. Der Entscheid hat in Militärkreisen Unbehagen ausgelöst, wurde aber von den Menschenrechtsorganisationen sehr begrüßt.

---

<sup>32</sup> ABC: Acuerdos bilaterales de comercio; TLC: Tratados de libre comercio